

GEMEINWOHL



ÖKONOMIE

Ein Wirtschaftsmodell
mit Zukunft

Input zum Austausch „Sozial-ökologische Wege aus der Corona-Krise“ - Hamburg 4/2020

Die Corona- und nachfolgende Wirtschaftskrise soll von den Regierenden genutzt werden, die lange überfällige sozial-ökologische Wende einzuleiten, statt – erneut, wie nach der Finanzkrise 2008 - den Turbo-Kapitalismus an zu schmeißen mit den Folgen zunehmender sozialer Klüfte, Überschreitung der planetaren Grenzen und schleichender Zerstörung des demokratischen Gemeinwesens.

Die Politik AG der GWÖ HH stellt folgende Vorschläge zur Diskussion:

- Nachhaltigkeitspolitik muss in der FHH zur Chefsache werden
- Mobilisierung der Bürger*Innengesellschaft online durch „Consul“ und Bürger*Innen-Räte auf Bezirks- und gesamtstädtischer Ebene
- Gemeinwohl-Bilanzierung als Kompass für die Transformation nutzen
- Das Bedingungslose Grundeinkommen testen
- Klimaplan des Senats zügig umsetzen und seine Lücken schließen, z.B. durch Regionalisierung des Ernährungssystems.

1. Nachhaltigkeitspolitik muss in der FHH zur Chefsache werden

Erster Bürgermeister Dr. Tschentscher ist angetreten, eine bessere Klimapolitik als die Grünen zu machen. Die Stadt hat sich vor Jahren schon zu den Sustainable Development Goals (SDGs) der Vereinten Nationen bekannt. Aber die reale Politik löst diese Erklärungen bisher nicht ein.

Die jeweils von SPD oder Grünen geführten Behörden blockieren sich nach unserer Beobachtung häufig gegenseitig, statt in Kooperation mit Zivilgesellschaft, Wissenschaftlern und Unternehmen, Pfade zu einer sozial- und klimagerechten Wirtschaft und Gesellschaft zu identifizieren.

Das Nachhaltigkeitsforum kann zum Ort dieser Kooperation werden. Dazu muss es jedoch an die Senatskanzlei angebunden sein und die Koalitionsparteien müssen - wie alle anderen Akteur*Innen

- Kooperation zur Bewältigung der globalen Herausforderungen üben.

Der Umgang mit der Corona-Krise in Berlin und Hamburg und seitens der großen Mehrheit der Bürger*Innengesellschaft zeigt, dass das möglich ist.

2. Mobilisierung der Bürger*Innengesellschaft online durch „Consul“ o.ä. und Bürger*Innen-Räte auf Bezirks- und gesamtstädtischer Ebene

Die Corona-Krise legt nahe, die grundsätzliche Entwicklungsrichtung unseres Lebens zu überdenken. Dass der Markt alles in bestmöglicher Weise regele, ist nicht mehr glaubhaft. Dass es gesellschaftlich vereinbarte Rahmenbedingungen für Markthandeln geben (Primat der Politik) und der Bereich öffentlicher Daseinsvorsorge ausgeweitet werden muss (siehe Gesundheitssystem und Katastrophenvorsorge) ist nicht mehr bestreitbar.

Wie die Gesellschaft ihr Leben im 21. Jahrhundert gestalten will, darüber braucht es jetzt den großen Dialog. Er kann sofort on-line geführt werden, auf „Consul“, einer open-source Bürgerbeteiligungsplattform (s. Anm. 1 + 2 //in Madrid sind 500.000 Bürger*Innen registriert) und sollte später auch dem Beispiel des „Bürger-Rat Demokratie“ folgen. Einberufung von Bürger*Innen-Räten auf Ebene der Metropolregion und der Bezirke der Stadt, die Vorschläge

entwickeln, wie die Metropolregion Hamburg Pionier sozial-ökologischer Innovation und Transformation werden kann.

Solche Dialog-Prozesse würden den gesellschaftlichen Zusammenhalt, der zum Schutz des Lebens angesichts von Covid-19 gewachsen ist, festigen und auf die Gestaltung unseres Lebens nach Corona beziehen. Sie würden die parlamentarische Demokratie ergänzen und stärken.

3. Gemeinwohl-Bilanzierung als Kompass für die Transformation nutzen

Unsere Gesellschaft – jede Bürger*In, jede Organisation und Institution, jedes Unternehmen - steht vor der Herausforderung, Eigensinn und Gemein Sinn neu zu balancieren. Das von der GWÖ entwickelte Instrument der ‚Gemeinwohl-Bilanzierung‘ kann als Kompass und Maßstab der Gemeinwohlorientierung dienen. Es misst die Achtung der Menschenwürde und fairen Umgang in der Lieferkette, das Ausmaß sozialer Gerechtigkeit und naturverträgliches Verhalten global, sowie die Möglichkeiten der Teilhabe und demokratischer Mitentscheidung. Es kann in kleinen und großen Unternehmen, in Organisationen und Städten und Kommunen angewandt werden. Social- und Greenwashing ausgeschlossen!

4. Das Bedingungslose Grundeinkommen testen

Die Volksinitiative ‚Bedingungsloses Grundeinkommen‘ hat erfolgreich ein staatliches Modellprojekt für Hamburg vorgeschlagen. Wir sehen in der Corona-Krise, wie viel besser wir eingerichtet wären, wenn es das Bedingungslose Grundeinkommen schon gäbe. Niemand würde durch das milliarden schwere Netz von Hilfsmaßnahmen fallen und die Grundsicherung aller Bürger*Innen wäre gewährleistet.

Ein fraktionsübergreifender Beschluss der Hamburger Bürgerschaft zur Durchführung eines großen Modellversuchs wäre ein Signal an alle: niemand wird zurückgelassen. Auf Corona folgt nicht eine weitere Zuspitzung des Raubtier-Kapitalismus.

5. Klimaplan des Senats zügig umsetzen und seine Lücken z.B. durch Regionalisierung des Ernährungssystems schließen

Schon die Pandemie zeigt der Menschheit die Grenzen von Allmachtsphantasien auf. Gegen die drohende Klimakatastrophe wird es am Ende keine Medikamente geben. Wir können sie nur vermeiden, wenn wir die planetaren Grenzen endlich achten. Wie spät wir schon sind, zeigt die Prognose des Deutschen Wetterdienstes. Er erwartet auf der Basis neuer, auf statistischen Abschätzungen beruhenden Vorhersagemodellen, dass es in Deutschland bis 2029 im Mittel um 1,5 bis 2 Grad Celsius wärmer werden könnte als im Durchschnitt der letzten drei Jahrzehnte.

Politik in der Corona-Krise zeigt, dass umgesteuert werden kann. Wissenschaftler werden ernstgenommen. Politik erschöpft sich nicht im „Weiter-so“ und Profilierungssucht. Menschen sind in kürzester Zeit zu gravierenden Verhaltensänderungen bereit, wenn die Notwendigkeit klar und nachvollziehbar kommuniziert wird.

Diese Erfahrungen sollten für eine mutigere Klimapolitik der FHH genutzt werden. Der Klimaplan des Senats muss zügig umgesetzt und seine Lücken zum 1,5 Grad Ziel des Pariser Abkommens durch zusätzliche Maßnahmen geschlossen werden. Mit der Fortsetzung der Energiewende, der Ausweitung des HVV und der Fahrradlogistik, sowie klimaverträglicher Gebäudesanierung können schnell neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Lücke kann z.B. durch einen Wandel zu einem sozial- und klimagerechteren Ernährungssystem geschlossen werden. Als Bio-Stadt soll Hamburg mit einer schrittweisen Erhöhung des Bio-Anteils in der Gemeinschaftsverpflegung einen kräftigen Nachfrageimpuls für die ökologische Lebensmittelwirtschaft auslösen (vergleiche die Ernährungs-Strategie der Bio-Stadt Berlin).

Anmerkungen: 1) https://www.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdf/2019-03-26_Consul.pdf

2) <https://spd-rathausmuenchen.de/antraege/?id=471773>

Kontakt: Mick.Petersmann@ecogood.org